

Protokoll:	Sozial- und Gesundheitsausschuss des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	2
		TOP:	1
Verhandlung		Drucksache:	518/2022
		GZ:	SI
Sitzungstermin:	23.01.2023		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BMin Dr. Sußmann		
Berichterstattung:	Frau Brüning und Frau Vogel (beide SozA), Frau Neudörfer (JugA)		
Protokollführung:	Herr Krasovskij / fr		
Betreff:	Bericht zur Umsetzung der Maßnahmen des Projekts "Verbesserung der Situation von Kindern und Jugendlichen in Sozial- und Gemeinschaftsunterkünften"		

Vorgang: Sozial- und Gesundheitsausschuss vom 12.12.2022, öffentlich, Nr. 150
 Jugendhilfeausschuss vom 12.12.2022, öffentlich, Nr. 97
 jeweiliges Ergebnis: Vertagung

Beratungsunterlage ist die Mitteilungsvorlage des Referats Soziales und gesellschaftliche Integration vom 09.12.2022, GRDRs 518/2022. Sie ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigelegt.

BMin Dr. Sußmann führt kurz im Sinne der Vorlage in das Thema ein. Die Vorsitzende berichtet, dass erfreulicherweise einige Maßnahmen zur Verbesserung der Situation von Kindern und Jugendlichen in Sozial- und Gemeinschaftsunterkünften umgesetzt werden konnten, wie bspw. pädagogische Angebote in den Unterkünften oder das Fallmanagement für Familien im Zusammenhang mit der Wohnungsnotfallhilfe. Andere Vorhaben konnten bislang jedoch aufgrund der Unterbringungsproblematik vor dem Hintergrund des aktuell starken Zustroms von Geflüchteten nach Stuttgart sowie aufgrund des allgemeinen Fachkräftemangels noch nicht verwirklicht werden. Ein Beispiel hierfür sei eine durch das Sozialamt betriebene Sozialunterkunft, die nicht realisiert werden konnte, weil kein passendes Gebäude zur Verfügung stehe. Ebenfalls konnte in den Sozial- und Gemeinschaftsunterkünften aus Mangel an Platzkapazitäten die Wohnfläche pro Person nicht flächendeckend von 7 auf 10 Quadratmeter umgestellt werden.

BMin Dr. Sußmann betont, dass die Verwaltung die angestrebten Verbesserungen, die bislang noch nicht umgesetzt werden konnten, nach wie vor für sehr wichtig erachte und diese nach Möglichkeit realisieren wolle, sobald es die aktuelle Situation erlaube. In diesem Zusammenhang hebt die Vorsitzende auch die gute verwaltungsinterne Zusammenarbeit sowie auch die gute Kooperation mit den Trägern der Flüchtlingshilfe und der Jugendhilfe sowie der städtischen Wohnungsnotfallhilfe bei dem Projekt hervor und bedankt sich bei allen Beteiligten für ihren Einsatz. Dem Dank schließen sich im Verlauf der Aussprache fraktionsübergreifend auch die Ratsmitglieder an.

In ihrer Wortmeldung betont StRin Rühle (90/GRÜNE) wie wichtig es sei, die Situation von Kindern und Jugendlichen in den Sozial- und Gemeinschaftsunterkünften zu verbessern. Die Stadträtin begrüßt die bislang umgesetzten Maßnahmen und hebt insbesondere die gute Beteiligung der Kinder und Jugendlichen sowie die erfolgreiche Arbeit des Fachkräftetandems, des Interventionsteams und die Einrichtung von Lernräumen hervor. StRin Rühle erklärt, dass Maßnahmen und Angebote, die sich bewährt haben, unbedingt fortgeführt werden müssen und sie daher eine entsprechende Verwaltungsvorlage für die anstehenden Haushaltsplanberatungen erwarte. Insbesondere sei es auch wünschenswert, dass das Konzept der Lernräume auf weitere Stadtteile und Unterkünfte ausgeweitet werde.

Im Weiteren macht die Stadträtin auf die räumliche Situation in den Sozial- und Gemeinschaftsunterkünften aufmerksam und unterstreicht, dass hier gerade für Familien mit Kindern eine räumliche Entzerrung unbedingt erforderlich sei - nicht zuletzt, weil die Verweildauer in den Unterkünften vielfach zugenommen habe.

Im gleichen Kontext bedauert StRin Rühle, dass bislang kein passendes Gebäude gefunden werden konnte, um eine durch das Sozialamt betriebene Sozialunterkunft zu realisieren, bzw. dass ein angedachtes Gebäude aufgrund des bestehenden Baurechts nun nicht mehr in Frage komme. Die Stadträtin betont, dass die Anstrengungen und die verwaltungsinterne Zusammenarbeit gerade mit dem Liegenschaftsamt sowie mit dem Amt für Stadtplanung und Wohnen im Rahmen der Suche nach einer passenden Immobilie weiter intensiviert werden müssen. Gleichlautend äußern sich im weiteren Verlauf der Aussprache auch die StRe Dr. Reiners (CDU) und Pantisano (Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei) sowie die StRinnen Meergans (SPD) und von Stein (FW).

Bezugnehmend auf die Wortmeldungen der Ratsmitglieder erklärt Frau Vogel (SozA), dass eine Änderung des bestehenden Baurechts bei der anvisierten Immobilie sich leider als nicht machbar erwiesen hatte. Die Sozialamtsleiterin betont, dass bei Grundstücken und Immobilien grundsätzlich nachhaltige und langfristige Lösungen angestrebt werden, um wirkliche und strukturelle Verbesserungen für die Familien mit Kindern in Unterkünften zu erreichen. Um dies zu erreichen, arbeite das Sozialamt bei der Immobiliensuche unter anderem eng mit dem Liegenschaftsamt und dem Baurechtsamt zusammen. Auch die Träger sollen in der Frage in Zukunft noch stärker eingebunden werden. Gleichzeitig macht Frau Vogel die Ratsmitglieder darauf aufmerksam, dass neben einem passenden Gebäude für eine durch das Sozialamt betriebene Sozialunterkunft auch personelle und weitere Ressourcen notwendig sind, um den angestrebten Strategiewechsel zu verwirklichen.

Im weiteren Verlauf kommt StRin Rühle auf die oft sehr schwierige Situation von mehrheitlich rumänischen Familien mit Kindern ohne Leistungsanspruch zu sprechen und

erklärt, dass die Situation dieser Menschen, die häufig ohne Obdach und ohne Anbindung an das Regelsystem der Hilfen in Stuttgart leben, durch pragmatische Lösungen und Ansätze dringend verbessert werden müsse. Zuvorderst müsse verhindert werden, dass Kinder und Jugendliche ohne Obdach auf der Straße leben müssen. Dies unterstreichen im Folgenden in ihren Wortmeldungen auch StR Dr. Reiners sowie die StRinnen Meergans und Schumann (PULS).

Um das Unterstützungssystem in Stuttgart weiterzuentwickeln hat sich eine Delegation des Sozialamts bei einer Exkursion in die Landeshauptstadt München im Juli 2022 über deren umfassendes Hilfesystem für Familien mit und ohne Leistungsanspruch informiert. Auf Nachfragen aus dem Gremium eingehend berichtet Frau Brüning (SozA) über die Erfahrungen dieser Exkursion. In München werden auch wohnungslose Menschen mit Leistungsanspruch ganzjährig in sog. Flexiheimen untergebracht, einer sozialen Einrichtung mit wohnhaftem Charakter und Betreuung.

Im Unterschied dazu können in Stuttgart bislang Familien und Menschen, die ihren Leistungsanspruch verlieren, nicht mehr länger in den Sozialunterkünften untergebracht werden. Im vergangenen Jahr sei dies bei 14 Familien mit 22 Kindern der Fall gewesen. Parallel dazu gebe es das Erfrierungsschutzzimmer in der Schleyerhalle, wo in diesem Winter bereits 5 Familien mit 10 Kindern ohne Leistungsanspruch untergebracht werden mussten.

Frau Brüning erklärt, dass die Sozialverwaltung in Anlehnung an die Erfahrungen der Exkursion nach München, wo der Gemeinderat den Grundsatz "kein Kind ohne Obdach" aufgestellt habe, für die Zukunft strukturelle Veränderungen anstrebe, um die Situation der Familien mit Kindern ohne Leistungsanspruch zu verbessern und dem Gemeinderat hierzu ein Konzept vorschlagen werde. Größtenteils (ca. 80 % aller im letzten Jahr in die Sozialunterkünfte eingezogenen Familien) handle es sich hierbei um Familien aus Rumänien. Viele von ihnen sind Analphabet*innen in ihrer Muttersprache und verfügen über keine deutschen Sprachkenntnisse und großen Bedarfen an Beratung, Hilfe und Information im Alltag. Man sehe es als fachlichen Auftrag an, sich dieser Zielgruppe gezielt zuzuwenden. Ohne Hilfesystem könnten auch keine passenden Arbeitsweisen mit ihnen entwickelt werden. Konkret sei ohnehin geplant, ein weiteres Gebäude in der Bottroper Str. in Stuttgart-Bad Cannstatt anzumieten, in welches die jetzt in der Villastraße in Stuttgart-Ost befindliche Notunterkunft umziehen solle. In der Villastraße mit ihren größeren Zimmern wolle man dann die Unterbringung von Familien ohne Leistungsanspruch erproben. Bis die Anmietung/der Umzug erfolgt sind, sollen Familien mit Kindern aus dem EU-Ausland weiterhin in Sozialunterkünften untergebracht werden, selbst wenn sie ihren Leistungsanspruch verlieren, um eine Obdachlosigkeit der Menschen zu verhindern. Frau Brüning kündigt zu den notwendigen Mittelbedarfen eine entsprechende mit den Referaten JB, SOS und WFB abgestimmte Haushaltsvorlage für ein Budget an, mit dem die Kosten der Unterkunft abgedeckt werden könnten.

Im Kontext des Themas Arbeitsmigration aus dem EU-Ausland nach Deutschland nimmt StRin von Stein Bezug auf die Vorlage wonach die Erwachsenen häufig über keine formalen Bildungsabschlüsse verfügen bzw. einige von ihnen Analphabet*innen seien. Die Stadträtin erkundigt sich hier nach konkreten Zahlen.

Im weiteren Verlauf der Aussprache äußern sich StR Dr. Reiners und StRin Meergans positiv über die Arbeit im Rahmen des Fachkräftetandems zur Unterstützung der Bildungs- und Lebenssituation von Familien aus Sozialunterkünften und sprechen sich mit

Blick auf die anstehenden Haushaltsplanberatungen für eine weitere, möglicherweise flächendeckende Ausweitung des Pilotprojekts auf weitere Stadtteile und Unterkünfte aus.

Zudem plädieren die Ratsmitglieder für eine Weiterführung bzw. einen Ausbau der von Studierenden begleiteten Lerngruppen für Kinder in Gemeinschaftsunterkünften für Geflüchtete. StRin Meergans regt an, Überlegungen anzustellen, wie weitere Studierende für die Übernahme von Lerngruppen gewonnen werden könnten.

Frau Brüning erklärt in diesem Zusammenhang, dass auch die Sozialverwaltung eine Ausweitung des sehr gut angenommenen Angebots des Fachkräftetandems befürworten würde. Ein Vorgespräch mit dem Jugendamt habe aber ergeben, dass über eine mögliche Ausweitung des Pilotprojektes erst nach einer Evaluation entschieden werden soll. Zum Thema Lerngruppen werde es laut Frau Brüning vermutlich einen Haushaltsantrag geben. Allerdings bittet sie über das Thema sowie weitere offene Fragen im Zusammenhang mit Lerngruppen eingehender im Jugendhilfeausschuss (JHA) zu beraten.

Im weiteren Verlauf der Aussprache äußert StRin Meergans, bezugnehmend auf die Vorlage, Bedauern darüber, dass aus Sicht ihrer Fraktion, trotz der aktuell schwierigen Situation und der nachvollziehbaren Begründungen seitens der Verwaltung an der Lebenssituation der Kinder und Jugendlichen in Sozial- und Gemeinschaftsunterkünften wenig strukturelle Verbesserungen erzielt werden konnten.

Neben den bereits angesprochenen Problemen der schwierigen Immobiliensuche für eine durch das Sozialamt betriebene Sozialunterkunft und der beengten räumlichen Situation in den Sozial- und Gemeinschaftsunterkünften macht die Stadträtin auf die Situation der in Fürsorgeunterkünften untergebrachten sozial benachteiligten Familien mit Kindern aufmerksam. Sie betont, dass auch für diese Unterkünfte Vorschläge der Verwaltung unbedingt notwendig seien, um für die Kinder und Jugendlichen für Verbesserungen zu sorgen. Dies wird durch Frau Vogel zugesagt.

StR Pantisano bezeichnet die Vorlage in seiner Wortmeldung als "enttäuschend". Aus Sicht des Stadtrats können die aktuellen Flüchtlingszahlen nicht als eine Erklärung dafür dienen, weshalb bestimmte angedachte Verbesserungen für Kinder und Jugendliche in Sozial- und Gemeinschaftsunterkünften bislang noch nicht umgesetzt werden konnten. Der Stadtrat führt an, dass der Zuzug von Geflüchteten nach Stuttgart sich seit Jahren auf einem konstant hohen Niveau befinde und an diesem Zustand sich in absehbarer Zeit vermutlich nichts ändern werde. StR Pantisano fordert, dass die Verwaltung trotz der aktuellen Situation in einem ämterübergreifenden Prozess Konzepte finden müsse, wie die angedachten Ziele (wie bspw. die Erhöhung der Wohnfläche in den Unterkünften auf 10 Quadratmeter pro Person) dennoch umgesetzt werden könnten.

Der Stadtrat äußert in diesem Zusammenhang Unverständnis darüber, dass diese Vorlage nur im Sozial- und Gesundheitsausschuss (SGA) und im Jugendhilfeausschuss (JHA) behandelt wird und nicht zusätzlich im Verwaltungsausschuss (VA), im Gemeinderat (GR) oder auch im Städtebauausschuss. StR Pantisano bittet, dass die Verwaltung zur Behandlung der Vorlage im JHA am 06.02.2023 einen Zeitplan vorlege, welche weiteren konkreten Verbesserungen für Kinder und Jugendliche in den Sozial- und Gemeinschaftsunterkünften bis wann erfolgen könnten.

Bezugnehmend auf die räumliche Situation in den Unterkünften kritisiert StR Pantisano, dass viele Kinder über keinen kindgerechten Schreibtisch und Stuhl verfügten, um ihre Hausaufgaben zu machen oder um zu lernen. Dies sei aus seiner Sicht ein unhaltbarer Zustand, der nicht zur Bildungsgerechtigkeit und Teilhabe beitrage, und dringend verändert werden müsse. Ähnlich äußert sich hierzu im Folgenden auch StRin Schumann (PULS). Die Stadträtin hebt zudem die Wichtigkeit von angemessenen Lernräumen für Kinder und Jugendliche in den Unterkünften hervor.

Im weiteren Verlauf erkundigt sich StR Pantisano, ob die Sanitäreinrichtungen in den Gemeinschaftsunterkünften wie vorgesehen mittlerweile mit kindgerechten Toilettensitzen ausgestattet worden sind. Im gleichen Kontext fragt StRin Schumann danach, ob die Sanitärräume in den Unterkünften auch abschließbar seien. Falls nicht, müsse dies vor dem Hintergrund des Schutzes von Frauen und anderer vulnerabler Personen unbedingt gewährleistet werden.

Auf die Wortmeldung von StR Pantisano eingehend, macht BMin Dr. Sußmann noch einmal deutlich, dass aktuell im Hinblick auf die Aufnahme und Versorgung nach Stuttgart kommender Geflüchteter eine Ausnahmesituation vorliege, welche die Verwaltung insgesamt und besonders die unmittelbar betroffenen Ämter an die Kapazitätsgrenze bringe. Derzeit übersteige die Zahl der in Stuttgart untergebrachten Geflüchteten die Zahl aus dem Vorjahr um das Doppelte. Dieser Umstand, gepaart mit dem aktuellen Fachkräftemangel, verhindere es, dass in vielen Bereichen bestimmte gewünschte Standards oder Verbesserungen unmittelbar zeitnah umgesetzt werden können. Allerdings werde an den Vorsätzen festgehalten und an Lösungskonzepten gearbeitet. Die Vorsitzende bittet die Ratsmitglieder um Verständnis für die aktuelle Ausnahmesituation und versichert einmal mehr, dass die gesamte Verwaltung das Thema sehr ernst nehme und unter hohem personellen Einsatz in den Ämtern alles daran setze, die Situation von Kindern und Jugendlichen in Sozial- und Gemeinschaftsunterkünften strukturell und nachhaltig zu verbessern.

StR Dr. Mayer (AfD) vertritt in seiner Wortmeldung die Auffassung, dass die Vorlage deutlich zum Ausdruck bringe, dass die Stadt Stuttgart aufgrund der aktuellen Situation rund um den Flüchtlingszustrom an die Grenzen ihrer Kapazitäten gekommen sei. Etwasige Forderungen des Gemeinderates nach weiteren Unterkünften, weiteren Finanzmitteln oder Ähnlichem halte er vor diesem Hintergrund für nicht angebracht.

Abschließend werden weitere wenige Verständnisfragen der Ratsmitglieder zur Vorlage durch Frau Brüning, Frau Vogel und Frau Neudörfer (JugA) beantwortet.

Danach stellt BMin Dr. Sußmann fest:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss hat von der GRDRs 518/2022 Kenntnis genommen.

Zur Beurkundung

Krasovskij / fr

Verteiler:

- I. Referat SI
zur Weiterbehandlung
Sozialamt
weg. JHA

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. OB-ICG
 3. OB-KB
 4. Referat WFB
Stadtkämmerei (2)
Liegenschaftsamt (2)
 5. Referat SOS
 6. Referat JB
Jugendamt (2)
 7. Amt für Revision
 8. L/OB-K
 9. Hauptaktei

- III.
 1. *Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN*
 2. *CDU-Fraktion*
 3. *SPD-Fraktion*
 4. *Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei*
 5. *FDP-Fraktion*
 6. *Fraktionsgemeinschaft PULS*
 7. *Fraktion FW*
 8. *AfD-Fraktion*

kursiv = kein Papierversand